

## Pressemitteilung

Osnabrück, 04.12.2018

### **Nein – keine Zustimmung zu einem Haushalt mit Personaleinsparungen, ohne ausreichende Investitionen in den Wohnungsmarkt und ohne Erhöhung der Bildungschancen für Kinder und Jugendliche!**

Zu den Haushaltsberatungen äußert sich die Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE. Stadt Osnabrück Giesela Brandes-Steggewentz:

„Seit Jahren konsolidieren wir den Haushalt. Derzeit sind wir vom Land Niedersachsen immer noch als finanzschwache Kommune gelistet. Die Konsolidierungsbemühungen der letzten Jahre haben zu massiven Personalengpässen in der Stadtverwaltung geführt. Der Investitionsstau ist immens. Die Kassenkredite mit 90 Millionen Euro weiterhin ein großer Berg.

Dennoch wurde die letzten Wochen und Monate so getan, als wären wir nun aus dem Größten raus: Gemeinsam mit anderen verschuldeten Kommunen in einem Aktionsbündnis für eine neue Finanzierungspolitik der Kommunen mit Bund und Ländern streiten, wie von uns im Oktober beantragt? Nein, so schlimm ist es bei uns ja lange nicht. Endlich die jährlichen Personaleinsparungsmaßnahmen abschaffen? Nein, so gut geht's dann auch nicht.

Unsere Fraktion bleibt dabei: Es braucht endlich ein Umdenken auf Bundes- und Landesebene. Nur weil es derzeit konjunkturell gut läuft und dadurch die Steuereinnahmen der Stadt höher als erwartet liegen, heißt das noch lange nicht, dass die strukturellen Probleme beseitigt wurden. Jahrzehntlang wurden die Kommunen mit immer mehr Aufgaben ausgestattet, die entsprechende Finanzierung blieb aber oft dürftig. Die dadurch entstandenen Schuldenberge sind nicht gerechtfertigt. Es braucht, wie auch vom Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ gefordert, einen Altschuldenfond, der diese kommunalen Altlasten tilgt und somit den Kommunen die verfassungsrechtliche Selbstverwaltung wieder ermöglicht.

Wir wollen vor Ort Politik gestalten und nicht unsere Schulden verwalten! Die Einsparungen beim städtischen Personal müssen beendet werden, prekäre Beschäftigung, wie Befristungen, in der Stadtverwaltung und ihren Gesellschaften muss ein Ende haben. Solange es pauschale Personaleinsparungsmaßnahmen gibt und solange befristete Verträge vergeben werden, wird unsere Fraktion dem Haushalt nicht zustimmen können.

Wir brauchen mehr Investitionen in den Wohnungsmarkt. Das Bürger\*innenbegehren für eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft wird erfolgreich sein, dass zeichnet sich doch deutlich ab. Die Stadt hat lange genug geschlafen, wenn es um die Schaffung bezahlbaren Wohnens geht. Wir müssen jetzt Geld zur Seite legen, um in Zukunft mit dem Instrument der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft in den Wohnungsmarkt einzugreifen. Es braucht die nötigen Mittel zur Planung der Gesellschaft und zum Ankauf und Vorbereitung geeigneter Grundstücke. Solange es bei diesem wichtigen Thema keine ausreichenden Investitionen gibt, wird unsere Fraktion dem Haushalt nicht zustimmen.

Wir brauchen ebenfalls weitere Schritte zur Abmilderung der Kinderarmut und der Erhöhung der Bildungschancen für alle. Die Gebühren für Krippen und Hort müssen abgeschafft werden. Auch die kostenlose Schüler\*innenbeförderung für die Schüler\*innen der Sekundarstufe II ist längst überfällig, aber wurde auch in diesen Haushaltsberatungen wieder nicht ernsthaft vorangebracht. Die Ermäßigungen für Freizeittickets können nur ein erster Schritt sein.

Die Fraktion DIE LINKE. stimmt keinem Haushalt mit Personaleinsparungen, ohne ausreichende Investitionen in den Wohnungsmarkt und mangelhafter Erhöhung der Bildungschancen für Kinder und Jugendliche zu.“